

Jürgen Weber :

Öffentliche Verantwortung für die Hochschulen erhalten!

„Entbürokratisierung ja, Rückzug aus der öffentlichen Verantwortung nein,“ – mit diesen Worten kommentiert der hochschulpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Jürgen Weber, die heute vorgestellten Ergebnisse einer Vergleichsuntersuchung des „Stifterverbandes für die deutsche Wissenschaft e. V.“ über die Hochschulgesetze der 16 Bundesländer. Das Schleswig-Holsteinische Hochschulgesetz hatte beim Stifterverband eher wenig Gefallen gefunden.

Weber wies darauf hin, dass die Untersuchung des Stifterverbandes kein objektiver Leistungsvergleich (wie etwa die PISA-Studie für die Schulen) sei, sondern ein Abgleich der hochschulpolitischen Schwerpunktsetzungen der einzelnen Bundesländer mit einem politischen Forderungskatalog der Wirtschaftsverbände.

Weber wies darauf hin, dass das Land Schleswig-Holstein jährlich knapp 400 Mio. € an Steuergeldern für die Hochschulen (ohne Universitätskliniken) bereitstellt. Daraus ergebe sich die Verpflichtung, auf den Einsatz dieser Mittel Einfluss zu nehmen.

„Wir bekennen uns zur Autonomie der Hochschulen und ebenso zur öffentlichen Verantwortung für die Struktur der schleswig-holsteinischen Hochschullandschaft. Unser Hochschulgesetz hat vor wenigen Jahren die Rolle der Hochschulleitungen erheblich gestärkt; dem entspricht aber auch eine starke Mitbestimmung der Lehrenden, der Studierenden und des nichtwissenschaftlichen Personals.“

Der Kriterienkatalog des Stifterverbandes sei demgegenüber ein von den Interessen der Wirtschaftsverbände bestimmter politischer Forderungskatalog, der nicht Grundlage der schleswig-holsteinischen Hochschulpolitik sein könne. Wenn die Untersuchung des Stifterverbandes die gesetzlich verankerte Gebührenfreiheit des Studiums als „worst law“ abqualifiziere, sei dies nicht mehr als eine subjektive Meinungsäußerung.
(SIB)